

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 15

Artikel: Die Schweiz hilft der GUS
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093154>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz hilft der GUS

Die Schweiz will ihre Hilfe an den Osten auf das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ausdehnen und dementsprechend mehr Geld bereitstellen. Wie nötig das ist und wie das vor sich gehen soll, hat der Bundesrat in einer Botschaft an die eidgenössischen Räte dargelegt, die darüber befinden werden.

Für die Zusammenarbeit mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten besteht für die Dauer von mindestens 3 Jahren bereits ein Rahmenkredit in der Höhe von 800 Millionen Franken; Leistungen an die baltischen Länder sind da mit eingeschlossen. Nun beantragt der Bundesrat eine Erhöhung auf 1,4 Milliarden, weil er die übrigen Länder der ehemaligen Sowjetunion in die Zusammenarbeit einschliessen will; das betrifft die heutigen GUS-Staaten plus Georgien.

Sachgerechte Lageanalyse

Die Schweiz will die demokratische und materielle Entwicklung im Osten fördern. Unterstützt werden sollen Wirtschaft, politische Kultur, Sozialwesen und Gesundheit, Umwelt und Energie, Kultur, Wissenschaft und Forschung.

Den Auftakt zum Antrag auf einen diesbezüglichen Bundesbeschluss bildet eine sachgerechte Lagebeschreibung, mit Sinn für Proportionen vorgenommen, ohne Schönfärberei oder Schwarzmalerei. Als Charakteristik der Entwicklung im fraglichen Gebiet genannt werden die Implosion der alten Sowjetunion und die Entstehung einer sehr heterogenen Gemeinschaft selbständiger Staaten mit durchaus gegenläufigen Interessen und entsprechender Politik.

Als folgerichtige Erscheinung wertet die Schrift insbesondere die Abkehr der nichtrussischen Republiken von der Moskauer Zentrale. Zwar hätten sicherheits- und wirtschaftspolitische Überlegungen für die Erhaltung gewisser Funktionen einer Zentralmacht gesprochen, aber das Unabhängigkeitsstreben habe sich — sogar in der Ukraine — eben als stärker erwiesen. Das wird ohne belehrende Missbilligung als geschichtliche

Tatsache und geschichtliche Logik zur Kenntnis genommen:

«Die oft gehörte rhetorische Frage zur vermeintlichen Gegenläufigkeit der Entwicklungen in den GUS-Staaten einerseits und in Westeuropa andererseits lässt sich so beantworten: Während westeuropäische Integration ein freiwilliges Zusammenwachsen eigenständiger Staaten bedeutet, handelte es sich bei der ehemaligen Sowjetunion um ein die einzelnen Mitglieder vergewaltigendes Zwangssystem, welches den fortschreitenden Demokratisierungsprozess nicht überleben konnte.»

Hilfe auch im eigenen Interesse

Die Wahrnehmung dieser schlichten Gegebenheit bedeutet nicht, dass man daraus den Befund ableiten dürfte oder gar müsste, die neuen Gebilde seien per se koordinationsuntauglich und damit abzuschreiben. Auch unabhängigkeitserpichte Staaten können selbstverständlich zusammenarbeiten; extrem sensibel reagieren sie bloss auf das geäußerte oder auch nur mutmassliche Ansinnen, das unter Diktat zu tun. In solchen Fällen liegt es immer am Grössten, von jeder Vergewaltigung und jedem Anschein davon Abstand zu nehmen. Der bundesrätliche Text drückt sich zurückhaltend positiv aus: «Indessen waren und sind beinahe alle Republiken der ehemaligen UdSSR an einer Fortsetzung (oder Neukonzipierung; *cb*) gewisser Aspekte der Zusammenarbeit interessiert.»

Ein Minimum an Zusammenarbeit wird freilich als Vorbedingung westlicher Hilfestellung gesehen und somit indirekt gefordert: die gemeinsame Kontrolle des sowjetischen Nuklearpotentials und die gemeinsame Schuldenregelung. Nun gut; da hat man existentielle und kommerzielle Sicherheitsbedürfnisse schön eurokompatibel beieinander. Indessen kann man der Faustregel schon beipflichten, dass westliche Unterstützung dazu beitragen sollte, die neuen Staaten unter maximaler Anerkennung ihrer Unabhängigkeit zu optimaler Zusammenarbeit untereinander anzuregen. Das liegt wahrscheinlich im Interesse hier wie dort.

Der Vorbehalt gilt lediglich der Tatsache, dass ein Spender unweigerlich der Versuchung erliegt, die wohlverstandenen Interessen des Empfängers selber zu definieren, und eine selbstlose Definition anderweitiger Interessen gibt es einfach nicht.

Aber hier sollen wir keine Brüsseler Spitzen wirken, und damit zurück zur schweizerischen Analyse, die gut genug ist:

«Schon bald nach der Gründung der GUS (Dezember 1991) wurde klar, dass die unterschiedlichen Vorstellungen der Mitgliedstaaten einer Einigung im Weg standen. In der Folge des Zerfalls wirtschaftlicher Strukturen und angesichts der ökologischen Altlasten (*deren Aufnung weitergeht*) auf dem ganzen Gebiet der ehemaligen Union wurden zudem schwerwiegende soziale Probleme sichtbar. Die politische Stabilität in den betroffenen Staaten wird dadurch gefährdet und die Gefahr von Konflikten erhöht. Dementsprechend dienen die Gipfeltreffen der GUS vermehrt der Konfliktbegrenzung. Zudem sind sie das notwendige Mittel zur Entflechtung jener Bindungen, die auf das Sowjetsystem zurückzuführen waren. Die offensichtlichen Unterschiede geographischer, ethnischer, religiöser und historischer Natur lassen zudem einen wirklichen Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft gar nicht aufkommen. Wo früher Zwangsmittel die Ansichten Moskaus ohne Rücksicht auf alle Unterschiede durchsetzten, ist heute eine Vielfalt nationaler Politik getreten; diese entsprechen jeweils mehr oder weniger den natürlichen Affinitäten.» (Verkürzter Text)

Europa hört nicht am Ural auf

Der Text spricht im Zusammenhang mit der qualitativ neuen Lage sowohl vom Wegfall alter Gefahren wie von der Entstehung neuer Gefahren. Dabei geht es nicht um eine Aufrechterhaltung, sondern um die Würdigung einer globalen und vordringlich kontinentalen Gesamtsituation, die präzedenzlos ist. Und vollumfänglich gilt auf jeden Fall der Schlusssatz zu den diesbezüglichen Ausführungen:

«Eine vernünftige und zukunftsweisende Politik für das gesamte Europa unter nunmehr völlig veränderten Vorzeichen wird dann möglich sein, wenn die im Moment bestehenden Möglichkeiten zur kontinentweiten Kooperation wahrgenommen werden. Es wäre für die längerfristige Entwicklung des Kontinents (*und vielleicht schon für die kurzfristige Entwicklung, wer weiss?*) zweifellos verhängnisvoll, wenn Westeuropa diese Gelegenheit verpassen und sich vom Osten abgrenzen würde.»

In diesem Sinn beantragt die schweizerische Regierung denn auch, den Rahmenkredit für Zusammenarbeit mit dem Osten so aufzustocken, dass auch das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (diesbezüglich hört Europa nicht am Ural auf) mit einbezogen wird. Laut dem vorgeschlagenen Bundesbeschluss können die Mittel insbesondere die Form von nicht-rückzahlbaren Zuschüssen, von Darlehen und von Garantien haben. Darlehen sind ein Teil der Geschäftspolitik, und die 600 Millionen sind nicht geschenkt. Zudem ist es einsichtig, dass wir auch uns selber helfen, wenn wir zum Beispiel die drohenden Umweltkatastrophen im Osten abzuwenden helfen. Aber das Motiv ist übertragbar. Helfen wir dem Osten nicht, schaden wir uns selber. ■